

Energiekonzerne errichten mit Segen der Politik ein durch alle Instanzen bewilligtes Murkraftwerk mitten in Graz. Aktivisten blockieren widerrechtlich die Baustelle. Wie weit darf ziviler Ungehorsam gehen?

▲ Ja ▼ Nein

▼ **Umweltschutzorganisationen** haben in Verfahren für Großprojekte Parteistellung. Trotzdem torpedieren sie dann oft rechtskräftig bewilligte Bauvorhaben. Diese Form zivilen Ungehorsams gefährdet den Rechtsstaat.



Zur Person

Georg Eisenberger (52) ist Rechtsanwalt und Universitätsprofessor für Öffentliches Recht an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er vertritt etwa die Kraftwerksprojektwerber an der Schwarzen Sulm

Legitimation durch Verfahren. Diese etwas sperrige Phrase war eines der Hauptargumente für die Einführung umfassender Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Großprojekten. Eigens eingerichteten Umweltschützern, privaten Bürgerinitiativen und österreichweit agierenden NGOs wie dem WWF oder dem Umweltdachverband wird in Großverfahren Parteistellung eingeräumt.

Im Zusammenhalt mit den weltweit wohl schärfsten Umweltschutzbestimmungen sollte, so der Gedanke des Gesetzgebers, eine für alle Seiten akzeptable Situation geschaffen werden. Die durch Rechtsmittel und Einwände dieser Gruppen verursachten Verzögerungen und Mehrkosten waren absehbar. Der Wirtschaft wurde dies damit „verkauft“, dass durch die Beteiligung der Öffentlichkeit Bewilligungen eine viel höhere Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Transparente Verfahren und höchstgerichtliche Behandlung der Umweltbedenken sollten so nachträgliche Proteste und anhaltenden Widerstand verhindern.

In der Praxis ist dieser Ansatz kläglich gescheitert. Beispiele wie der Semmering-Basistunnel, das Murkraftwerk Graz, das mit Thermalwärme beheizte Frutura-Bioglashaushaus oder das Kraftwerk Schwarze Sulm zeigen eindrucksvoll: Das Konzept der Legitimation durch Verfahren funktioniert schlicht nicht.

Projektgegner können nicht durch eine Beteiligung an rechtsstaatlichen Verfahren oder durch höchstgerichtliche Entscheidungen überzeugt werden. Sie nutzen diese Verfahren nicht, um Projekte inhaltlich im Sinne der Umwelt zu verbessern. Vielmehr treten sie mit dem primären Ziel an, Projekte zu verhindern oder möglichst lange zu verzögern.

So können Verfahren zehn, 15 oder gar 20 Jahre dauern. Aber der Widerstand endet selbst nach Rechtskraft der Bescheide nicht. Politiker der Grünen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen mit martialischen Namen wie Attac oder Virus verfassen ebenso martialische Presseaussendungen („der Kampf geht weiter“, „die Bewilligungswerber sind gut beraten, nicht zu bauen“). Sie sprechen trotz von Höchstgerichten bestätigter Entscheidungen von Umweltverbrechen. Sie beauftragen Personalunternehmen, Unterschriften gegen rechtskräftig bewilligte Projekte zu sammeln, organisieren Protestkundgebungen und besetzen Baustellen. Sie maßen sich damit unter Verweis auf einen angeblich gerechtfertigten „zivilen Ungehorsam“ an, über der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zu stehen.

Ziviler Ungehorsam gegen politische und behördliche Willkür kann sinnvoll sein, aber diese Form von zivilem Ungehorsam schadet dem Rechtsstaat und damit unserer demokratischen Gesellschaft.

ZITATE DER WOCHE

Gegengeschäfte sind offenbar eine ideale Trägerrakete für Korruption, Misswirtschaft und Geldwäsche.

Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) über die Causa Eurofighter

Jetzt zwingen wir das fliegende Schmiergeld zur Bruchlandung – und dann holen wir uns das Geld zurück. Der Grüne Peter Pilz frohlockt

Ich mag Stefan Petzner auch nicht. Uwe Scheuch und das Ende einer Männerfreundschaft

Natürlich ärgert es einen, wenn sich politische Ziehsohne im Grenzbereich zu Brutus bewegen.

Auch Michael Häupl (SPÖ) hat so seine Probleme in der politischen Familie

Ohne Breitbandinternet ist das schönste Tablet nicht mehr als ein Jausenbrett. Infrastrukturminister Jörg Leichtfried (SPÖ)

Für einen Politiker, der es gewohnt ist, in den Medien vorzukommen, ist es das Schlimmste, wenn die Medien plötzlich kein Interesse mehr haben und wenn man von den Nachfolgern auch nicht um Rat gefragt wird.

Andreas Khol (ÖVP) weiß, wovon er spricht